



**Andreas Schwarz**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Andreas Schwarz, MdB, Luitpoldstraße 48 a, 96052 Bamberg

KAB Bamberg  
Geschäftsführer Ralph Korschinsky

- per E-Mail -

Bamberg, 30.01.2025

**Andreas Schwarz, MdB**

**Wahlkreisbüro Bamberg**

Luitpoldstraße 48 a

96052 Bamberg

Tel.: (0951) 519 29 400

Fax: (0951) 519 29 405

Mail:

andreas.schwarz@bundestag.de

**Deutscher Bundestag**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 7 24 20

Fax: (030) 227 – 7 64 22

Mail:

andreas.schwarz@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Korschinsky, lieber Ralph,

herzlichen Dank für die Stellungnahme zur Rentenpolitik! Wie die KAB Bamberg hat auch die SPD das Ziel, ein Rentensystem zu schaffen, das den Anforderungen aller Generationen gerecht wird und langfristige soziale Sicherheit gewährleistet. Sehr gerne möchte ich unsere Positionen dazu kurz darlegen.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist für die SPD die zentrale Säule der Altersvorsorge. Das gesellschaftliche Vertrauen in unsere Sozialsysteme muss gestärkt werden. Wer jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat, muss auf dieses Versprechen der Sicherheit im Alter vertrauen können. Gleichzeitig sollen die jungen Generationen darauf vertrauen, dass sich die Beiträge, die sie noch lange Zeit zu zahlen haben, künftig lohnen werden.

Nach geltendem Recht läuft die Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent zur Mitte des Jahres 2025 aus. Es bleibt im Interesse aller Generationen, dass das geltende Niveau weiterhin Bestand hat.

Die Anhebung der Lebensaltersgrenze wird von SPD abgelehnt. Der abschlagsfreie Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren soll weiterhin möglich bleiben.

Langfristig wollen wir alle Erwerbstätigen in die Solidarität der gesetzlichen Rente einbeziehen. Die Absicherung aller Selbstständigen ist dabei ein erster Schritt.

Wir haben die Grundrente eingeführt und die Leistung für Erwerbsgeminderte verbessert. Darauf werden wir aufbauen.

Auch die betriebliche und private Altersvorsorge müssen stärker gefördert werden. Geringverdiener müssen die Chance erhalten, vorzusorgen. Staatliche Förderung für private Altersvorsorge wollen wir nur für solche neuen Altersvorsorgeprodukte zulassen, deren Kosten transparent und gedeckelt sind. Die staatliche



Förderung soll differenziert ausgestaltet und auf kleine und mittlere Einkommensbezieher konzentriert werden, die sich sonst gar keine oder nur eine geringe private Altersvorsorge leisten können.

Für niedrige Renten gibt es viele Gründe, die im Erwerbsleben des Einzelnen liegen: Niedrige Löhne, unfreiwillige Teilzeit aber auch Arbeitslosigkeit. Deshalb ist es z.B. wichtig, dass die Tarifbindung u.a. mit dem Bundestariftreuegesetz gestärkt wird. Leider scheiterte dieses zuletzt am Widerstand der FDP. Wir haben es jedoch weiterhin auf unserer Agenda. Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns muss sich an den Empfehlungen der europäischen Richtlinie orientieren, also an mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland. Wir werden dafür sorgen, dass dieses europäische Recht von der Mindestlohnkommission künftig berücksichtigt wird. Dementsprechend muss der Mindestlohn spätestens ab 2026 bei 15 Euro liegen.

Wir erleichtern den Weg für diejenigen, die nach dem Erreichen des Rentenalters noch weiterarbeiten wollen. Für alle, die das Rentenalter erreicht haben, soll der Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung und auch der Rentenversicherung direkt an die Beschäftigten ausgezahlt werden. Zudem sollen sie anstelle monatlicher Zuschläge auf die Rente auch eine Einmalzahlung in Anspruch nehmen können.

Ich würde mich freuen über einen persönlichen Austausch und bitte Sie, dazu mein Wahlkreisbüro in Bamberg (Tel: 0951 519 29 400) zu kontaktieren.

Mit freundlichen Grüßen

**Andreas Schwarz**  
Mitglied des Deutschen Bundestages